Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder deren Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 3.—, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 3.75. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich vierteljährlich ℳ 4.50, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Diese Nummer kostet auf allen Bahnhöfen und bei den Zeitungs-Verkäufern 10 Pf.

Redaktion und Expedition: 153 Fernsprecher 222 Johannisgasse 8.
Haupt-Filiale Dresden: Marienstraße 34 (Fernsprecher Amt I Nr. 1713).
Haupt-Filiale Berlin: Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg., Lützowstraße 10 (Fernsprecher Amt VI Nr. 4603).

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt

Amtsblatt des Königl. Land- und des Königl. Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Familien- und Stellen-Anzeigen 20 ₰.
Finanzielle Anzeigen, Geschäftsanzeigen unter Text oder an besonderer Stelle nach Tarif.
Die 4gespaltene Reklamezeile 75 ₰.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: nachmittags 4 Uhr.

Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Extra-Beilagen (nur mit der Morgen-Ausgabe) nach besonderer Vereinbarung.
Die Expedition ist wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.
Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig (Inh. Dr. B., R. & W. Klinkhardt).

Nr. 115. **Sonnabend** den 4. März 1905. **99. Jahrgang.**

Das Wichtigste vom Tage.

* Die Reichstagskommission für Entlastung des Reichsgerichts genehmigte einstimmig die Erhöhung der Revisionssumme auf 2000 bezw. 3000 ℳ

* Der dritte Nachtragsetat für Südwestafrika fordert 55 Millionen Mark, ein vierter folgt Ende März. (S. Dtsch. Reich.)

* Die Kommission des Reichstags für den Toleranzantrag des Zentrums hat gestern ihre Arbeiten begonnen.

* Der polnische Sozialist Daszynski hat im österreichischen Abgeordnetenhaus die Regierung wegen prozessualer Recherchen, die der preußische Polizeirat Maedler aus Beuthen in Galizien angestellt habe, interpelliert. (S. Ausland.)

* Das erwartete kaiserliche Reskript über die „Teilnahme der Bevölkerung an der Gesetzgebung" wird am Vorabend des Jubiläums der Aufhebung der Leibeigenschaft durch die Petersburger Telegraphen-Agentur angekündigt. (S. den Artikel.)

* Der für gestern vom Senator Schidlowsky einberufene Konvent der Petersburger Arbeitergruppen ist wegen der von diesen erhobenen Forderungen nicht zu Stande gekommen; neue Beratungen werden versucht. (S. den Artikel.)

* Nach amtlichen russischen Telegrammen aus Sachetun dauert seit Donnerstag die Offensive der Japaner auf der ganzen Linie fort. Vier japanische Divisionen haben den rechten Flügel der Russen am Liaho umgangen; der Angriff der Japaner auf den Putilowhügel wurde zurückgeschlagen. (S. russ.-jap. Krieg.)

Die neuen Heeresforderungen.

Von unserm militärischen Mitarbeiter wird uns geschrieben:

Der preußische Kriegsminister Herr von Einem hat in der Budgetkommission eine Rede gehalten, in welcher er die Notwendigkeit der Heeresvermehrung, insonderheit aber der Vermehrung der Kavallerie, mit der ihm eigenen temperamentvollen, fast möchten wir sagen „kavalleristischen" Wärme nachwies. Glücklicherweise hat es den Anschein, als seien die Zeiten vorbei, da es für ein liberales Postulat galt, keinen Mann und keinen Groschen zu bewilligen, und die national empfindenden Parteien sind alle darüber einig, daß Fragen der Heeresvermehrung nicht zu politischen Handelsobjekten gemacht werden dürfen, und das Prinzip, daß für die wirksame Verteidigung des Vaterlandes keine Ausgabe zu teuer sei, wenn sie sich einmal als Notwendigkeit herausgestellt hat, ist allgemein anerkannt. Aber wenn auch diese Aktion nunmehr als feststehend gelten darf, so bleibt doch in jedem einzelnen Falle noch ein weiter Spielraum für das Maß dessen, was bewilligt werden kann und bewilligt werden muß. Und da erheben sich gegen die Ausführungen des Kriegsministers doch einige Bedenken.

In den letzten Jahren hat sich bei den großen Manövern eine gewisse Vorliebe für wirkungsvolle militärische Schauspiele herausgestellt. Der Kaiser liebt es, an der Spitze von zwanzig Schwadronen zu attackieren, und auf schnaubendem Hengste den Säbel schwingend, über das Blachfeld dahinzudrausen. Wer wollte sich an diesem imponierenden Bilde nicht erfreuen? Wer verstände den Reitermut des Monarchen nicht zu schätzen? Wer wollte nicht gern zugeben, daß diese Lust an der Offensive ihren vorbildlichen Wert für die Armee besitzt? Indessen, auch wer für Lilienceron schwärmt, wird zugeben müssen, daß die nüchterne Wirklichkeit ihre Rechte fordert, und nichts ist realistischer als der Krieg. Jede schöne Pose, jedes effektvolle Tableau wird im Kriege mit dem Blute von Tausenden bezahlt, und so haben diese Friedensschaustellungen eine bedenkliche Seite, insofern sie geeignet sind, das klare Urteil der Führenden zu verwirren und die Ausgestaltung unserer Armee nach einer Tendenz hinzulenken, die sich im Ernstfalle als irrig und schädlich erweisen kann. Natürlich denkt niemand daran, die Kavallerie zu verringern oder ganz und gar aus dem Organismus des Heeres beseitigen zu wollen. Andererseits aber halten die meisten militärischen Sachverständigen, im Gegensatz zu dem Kriegsminister, daran fest, daß die Entscheidung der Schlachten angesichts der heutigen Wirkung der Feuerwaffen in erster Linie bei der Artillerie und bei der Infanterie liegt. Selbstverständlich fallen der Kavallerie vor und nach der Schlacht die außerordentlich wichtigen Aufgaben der Aufklärung und der Verfolgung zu, ihre Wirksamkeit während der Schlacht selbst aber dürfte heutzutage nur noch eine eingeschränkte sein. Sie kann sich nur in der Ausnutzung kurzer Momente bewähren. Ob angesichts dieser kaum zu bestreitenden Tatsachen eine Massenvermehrung der Kavallerie ratsam ist, das müssen wir zunächst noch bezweifeln und auch gegenüber der Autorität des Kriegsministers bezweifeln, denn, wie gesagt, diese Autorität wird von zahlreichen Kennern bestritten und es ist dies ja auch natürlich. Ein europäischer Krieg hat seit dem Jahre 1870 nicht mehr stattgefunden. Die taktischen Anschauungen haben sich nicht an der Wirklichkeit erproben können und so ist es kein Wunder, daß die Ansichten auf diesem Gebiet sich diametral gegenüberstehen. Man kann wohl mit einiger Sicherheit annehmen, daß hier der Wunsch Wilhelms II. den Ausschlag gegeben hat und daß Herr von Einem die Anschauungen des Monarchen um so lieber vertritt, als er ja selbst aus der Kavallerie hervorgegangen ist und sich den Stolz auf seine schöne Waffe gewiß gewahrt hat. Es kann nicht oft genug darauf hingewiesen werden, daß sich die schweren Opfer, die das ganze deutsche Volk an pekuniären und persönlichen Leistungen bringt, nur dann rechtfertigen lassen, wenn jede Stunde im Heerdienst dem hohen Ziele gewidmet wird, wenn wirklich das ganze Sinnen und Trachten der Armee und ihrer Führer einzig und allein dem Zwecke gilt, die waffenfähige Jugend für die Verteidigung des Vaterlandes tüchtig zu machen. In letzter Zeit sind angesichts der immer zahlreicher werdenden Paraden, Spalierbildungen und ähnlicher dem eigentlichen Heereszweck fremder Verwendungen mannigfaltige Bedenken geäußert und sachverständig begründet worden. Andrerseits freilich hat der Kaiser neuerdings wieder darauf hingewiesen, daß in erster Linie die Erziehung des Soldaten dem Gefechtszwecke gelten soll und auch der Gedanke an eine kriegsgemäße Uniformierung ist erörtert worden. Man kann daraus die Hoffnung schöpfen, daß der Geist der Aeußerlichkeit, der durch übermäßig viele Medaillen, Schnüre, Litzen und sonstige Abzeichen begünstigt wird, nicht in unser Heer einzieht, sondern einer ernsteren, nüchternen Geistesrichtung weichen muß.

Gerade unter diesen Gesichtspunkten erscheint uns auch die Vermehrung der aristokratischen Waffe nicht wünschenswert. Sie entspricht zwar dem Zuge der Politik, in welcher sich die Wagschale ganz auf die Seite der Konservativen geneigt hat, aber wir glauben, daß sich auch in den konservativen Parteien einsichtige Männer finden werden, die die Vorlage lediglich nach ihrer militärischen Nützlichkeit beurteilen. Was Herr von Einem zu Gunsten der Kavallerie anführte, ist nicht durchgreifend, indessen wollen wir uns hier nicht auf eine weitergehende fachmännische Diskussion einlassen. Wir sind der Ansicht, daß die Schlachtentätigkeit der Kavallerie heutzutage ein Phantom ist, und daß man mit diesem Motiv eine bedeutende Vermehrung der Truppen nicht rechtfertigen kann. Im übrigen muß anerkannt werden, daß die Forderungen der Regierung sich in sehr mäßigen Grenzen halten. Ob nun die Friedensstärke des Heeres ein Prozent der Bevölkerung etwas überschreiten wird oder nicht, das scheint uns nicht wesentlich zu sein, und wir wollen uns nicht auf einen kurzsichtigen Kalkulatorenstandpunkt stellen. Die Vermehrung der Unteroffiziere ist absolut notwendig, weil die Ueberlastung des Lehrpersonals sicher in vielen Fällen an den Mißhandlungen schuld waren, die einen so häßlichen Flecken in unserer Armee bilden. Es wird hoffentlich im Plenum bei der Erörterung der Vorlage mit Energie auf die Notwendigkeit hingewiesen werden, diesem Uebel kräftiger als bisher entgegenzutreten. Auch die Geschützforderungen sind wohl der Bewilligung sicher. Es ist selbstverständlich, daß wir unsere Truppen nicht mit minderwertigen Waffen ausrüsten dürfen und unser artilleristisches Material ist bereits von den anderen Großstaaten entschieden überholt. Der einzige angreifbare Punkt scheint uns die Vermehrung der Kavallerie. Selbstverständlich rechnen wir damit, daß die Heeresverwaltung die Vortrefflichkeit der Armee nicht lediglich durch die von Caprivi verspottete Zahlenwut stabilieren möchte, sondern daß unausgesetzt daran gearbeitet wird, die innere Tüchtigkeit des Heeres noch zu heben. In der Person des Kriegsministers, der entschieden zu unseren tüchtigsten Männern gehört, liegt ja eine gewisse Gewähr hierfür und so ist wohl anzunehmen, daß es ihm gelingen wird, die etwaigen Bedenklichkeiten des Plenums zu überwinden. Ob es nicht besser wäre, die Ausgaben, die für die Vermehrung der Kavallerie bestimmt sind, einem anderen Zwecke zuzuwenden, darüber wird dann freilich erst der nächste Krieg mit seinen Erfahrungen eine endgültige Entscheidung bringen.

Die Krisis in Russland.

Der 4. März 1905.

Unmittelbar nach der Veröffentlichung des autokratischen Zarenmanifestes folgt nunmehr eine Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur, welche das gestern Verweigerte heute zu bewilligen vorgiebt. Diese Meldung lautet:

* **Petersburg**, 3. März. Morgen wird ein kaiserliches Reskript über die Teilnahme der Bevölkerung an der Gesetzgebung veröffentlicht werden.

Inwiefern dieses Reskript, das also 44 Jahre nach der Tat des „Zar-Befreiers" erscheinen wird, den Semski-Sobor verwirklicht oder nicht, kann erst die vollzogene Bekanntmachung lehren.

Vereitelung des Schidlowskyschen Arbeiter-Konvents.

Aus Petersburg vom Freitag wird gemeldet: Die heute angesetzte allgemeine Versammlung der Wähler aller Arbeitergruppen ist nicht zu stande gekommen, weil an den Versammlungsorten eine Kundmachung des Senators Schidlowsky ausgehängt war, in der er die ihm vorgelegten Forderungen als seine Vollmachten überschreitend bezeichnet. Die Unverletzlichkeit der Person der Arbeiterdeputierten würde jedoch garantiert werden, soweit ihre Aeußerungen in der Kommission in betracht kommen. Die Deputierten, die an der Kommission teilnehmen, sollen nicht nur zur Befragung der Meinung hinzugezogen werden. Wegen der Bedürfnisse der Arbeiter der Kleinindustrie werde er Maßnahmen treffen, damit sie ebenfalls in der Kommission beraten werden. Sodann schlägt Schidlowsky den Arbeitern vor, daß sie sich in die hierfür bestimmten Lokale zur Wahl von Deputierten für ihre Kommission begeben sollten. Die Arbeiter beschlossen, gruppenweise die Antwort Schidlowskys zu beraten.

In Warschau.

Nach einem Telegramm aus Warschau wurden gestern zahlreiche Verhaftungen, darunter von Redakteuren mehrerer Zeitungen, vorgenommen.

Maxim Gorki

ist, wie der „Voss. Ztg." gemeldet wird, in Riga eingetroffen und hat in einem Hotel Wohnung genommen.

Der russisch-japanische Krieg.

Admiral Spaun über die Hull-Kommission.

Admiral Baron Spaun teilte einem Vertreter der „Neuen Freien Presse" über die Verhandlungen des Huller Schiedsgerichts mit, daß die Verhandlungen deshalb so langwierig gewesen seien, weil im Zeugenverhör jede Frage und Antwort erst ins Französische übersetzt werden mußte. Nach dem Zeugenverhör wurden die Sitzungen für geheim erklärt. Die Ansichten standen sich oft schroff gegenüber und anfangs schienen die Meinungen so entgegengesetzter Art, daß eine Einigung als unwahrscheinlich schien. Schließlich erreichte man doch ein Resultat, das vielleicht manche enttäuschte, aber doch den Erfolg hatte, daß keiner der beteiligten Staaten allzu unzufrieden ist.

Die Offiziere aus Port Arthur,

die mit General Stössel in Petersburg eingetroffen sind, erzählen nach einer Meldung des „L.-A." u. a., daß das Rekognoszierungswesen zur See vollkommen versagte. Man habe nie genau gewußt, wo Togos Flotte sich befand. Es fehlte an Aufklärungsschiffen mit der nötigen Geschwindigkeit.

Allgemeiner Vormarsch der Japaner.

Aus Sachetun hat die halbamtliche Petersburger Telegraphenagentur einen umfassenden Schlachtbericht empfangen, der offenbart, daß die allgemeine Offensive der Japaner gestern auf der ganzen Linie mit außerordentlicher Wucht fortgesetzt worden ist. Der erste Teil des Berichts hat das Vordringen der Japaner auf dem äußersten linken Flügel gemeldet; nachdem das von ihnen gegen das Zentrum der Russen unternommene Bombardement im Rayon Putilowhügel am stärksten wütete, hat am Donnerstag abend ihr Vormarsch gegen den rechten russischen Flügel begonnen. Das zweite, vom Freitag datierte Telegramm meldet, daß am Morgen diese Bewegung mit der größten Energie andauerte, und fährt fort: Auf der rechten Flanke fahren die Japaner fort, energisch vorzurücken. Auf dem linken Hunhouser bestehen die Unsrigen einen hartnäckigen Kampf. Vier japanische Divisionen, die unseren rechten Flügel am Liaho umgingen, haben heute Sawenpu gegen 18 Kilometer westlich von Mukden erreicht, wo ihnen entgegengesandte Truppen ihren weiteren Vormarsch aufhielten. — Das dritte Telegramm meldet: Die Angriffe auf beiden Flügeln fortsetzend gingen die Japaner heute Nacht zum Vormarsch gegen das Zentrum über und griffen morgens 4 Uhr die Stellungen östlich von Erlbagu an, wurden aber zurückgeschlagen. Starkes Feuer aus Belagerungs- und Feldgeschützen dauert an und wird vorzugsweise gegen den Putilowhügel gerichtet. Unter der Deckung des Artilleriefeuers und dem Schutz des Nebels begann heute früh um 7 Uhr auch die japanische Infanterie den Putilowhügel anzugreifen, der Angriff wurde jedoch zurückgeschlagen. Ein zweiter Angriff erfolgte gegen Mittag, blieb aber auch ohne Erfolg. Auf Seiten der Japaner sind die Verluste groß. Da die Beschießung des Putilowhügels fortgesetzt wird, erwartet man einen neuen Angriff. Die Truppen aus Port Arthur von der Armee General Nogis kämpfen mit. Auf dem linken Flügel dauert hartnäckiger Kampf fort, die östliche Abteilung schlug einen äußerst heftigen Angriff gegen Kudjasa ab. Der Vormarsch gegen die Abteilung bei Tsinchentschen und gegen den Gutulinpaß wird auch heute fortgesetzt. Beiderseits sind die Verluste groß, entscheidende Resultate wurden nicht erzielt. Auf dem rechten Flügel setzten Japaner den Vormarsch längs des Hunho und des Liaho fort, wobei sie, auf Widerstand stoßend, in ein besonders heftiges Gefecht südlich von der Ortschaft Santaintsi verwickelt wurden. In Sinmintin erschien japanische Kavallerie.

Deutsches Reich.

Berlin, 3. März.

* **Der Kaiser** wohnte heute vormittag Offiziersbesichtigungen bei den Berliner Kavallerieregimentern bei. Seine Majestät begab sich im Automobil zuerst zum 2. Garde-Ulanenregiment, dann zum 2. Garde-Dragonerregiment, zum Garde-Kürassierregiment und zum 1. Garde-Dragonerregiment und nahm beim Offizierkorps des letzteren Regiments das Frühstück ein.

* **Der dritte Nachtragsetat für Südwestafrika** wird Mitte der nächsten Woche dem Reichstag zugehen. Er wird gegen 55 Millionen Mark fordern, — vielleicht auch weniger. Der vierte Nachtragsetat wird Ende März folgen. In den dritten Nachtragsetat sind, nach der „Voss. Ztg.", auch die Forderungen für die Unterstützung der Farmer in erhöhtem Maße aufgenommen worden.

* **Die finanziellen Wirkungen des neuen Zolltarifs.** Reichsschatzsekretär Frhr. v. Stengel nimmt die Einnahmen des Reichs aus dem neuen Zolltarif auffallend nietrig an. Er äußert sich darüber in der Budgetkommission des Reichstags wie folgt: Für die Finanzierung des Etats 1905 sei die Frage der sogenannten „Vereinfuhr" und der Einführung des Zolltarifs von Bedeutung. Der Mehrertrag der Vereinfuhr werde sehr erheblich sein, aber davon sei die „Nacheinfuhr" bei den ermäßigten Zollpositionen abzusetzen; immerhin habe man geschätzt, daß der Mehrertrag im ganzen 50 bis 60 Millionen Mark betragen werde. Diese würden 1906 vereinnahmt werden, nur etwa 14 Millionen Mark in 1905. Von 1906 ab werde aber auch die lex Trimborn wirksam werden und einen Teil der Mehrergebnisse der Zolleinnahmen in Anspruch nehmen. Für die „Zuschußanleihe" pro 1905 werde man etwa 22,5 Millionen Mark noch in Aussicht nehmen müssen, event. plus 6 Millionen für die Militärvermehrung. Was die neuen Steuerpläne anlange, so könne man mit kleinen Mittelchen nichts mehr machen; die Zölle würden später 70—80 Millionen mehr bringen, davon ab 40—50 Millionen infolge der lex Trimborn, blieben für den Reichshaushalt nur 20 bis 30 Millionen Mark. Da müßten neue Quellen erschlossen werden. Vor dem Herbst sei die entsprechende Vorlage für den Reichstag nicht fertigzustellen. Ohne materielle Finanzreform sei die Aufstellung eines Etats für 1906 unmöglich. Zuschußanleihen seien nur während der Uebergangszeit zu einer andern Handelspolitik zulässig gewesen. Da jetzt nur noch auf kurze Zeit hinaus Finanzschwierigkeiten bestehen könnten, so dürfe man die Militärvorlage aus finanziellen Gründen nicht ablehnen.

* **Preußische Berggesetznovelle.** Wie der „D. Tagesztg." von angeblich unterrichteter Seite mitgeteilt wird, steht die Einbringung der Novelle zum Preußischen Berggesetz, an deren Ausarbeitung infolge des Bergarbeiterausstandes herangetreten wurde, unmittelbar bevor.

* **Gegen die deutsche Handelspolitik** hat der Zentralrat der deutschen Gewerkvereine (H.-D.) mit folgender Resolution Stellung genommen:

Wir geloben entschlossenen und unablässigen Kampf gegen die gemeinschädliche Zoll- und Handelspolitik, und wir fordern alle deutschen Arbeiter dringend auf, sich diesem Verteidigungskampf insgesamt anzuschließen. Der Zentralrat erwartet, daß die Reichs- und Staatsbetriebe, der zu erwartenden Verteuerung der Lebenshaltung entsprechend, eine Erhöhung der Löhne vornehmen und daß die Reichsregierung endlich den Entwurf eines Gesetzes über die Anerkennung der Berufsvereine vorlegen wird.

* **Erleichterungen des Handelsverkehrs.** Die „Nordd. Allg. Ztg." weist darauf hin, daß die neuen Handelsverträge eine Reihe zolltechnischer und anderer Bestimmungen enthalten, welche den zum Teil lebhaften Klagen der Interessenten abhelfen und mannigfache Erleichterungen für den geschäftlichen Verkehr mit den betreffenden Ländern mit sich bringen. Die „Norddeutsche" beginnt die Artikelreihe mit einer Uebersicht über die wichtigeren derartigen Bestimmungen.

— Der Reichskanzler empfing gestern den Bürgermeister von Memel, Altenberg, zu einer Besprechung in Sachen eines in Memel zu errichtenden Nationaldenkmales.

— Postpersonalien. Die durch den Tod des Oberpostdirektors Röhrig erledigte Oberpostdirektorstelle in Berlin ist dem Oberpostdirektor Vordeck-Hamburg, die Oberpostdirektorstelle in Hamburg dem Oberpostdirektor Köhler-Posen übertragen worden, die Oberpostdirektion Posen übernimmt Postrat Treßler-Aachen. Zum Nachfolger des zum vortragenden Rate im Reichspostamt ernannten Oberpostdirektors Teuke-Danzig ist Postrat Soenksen-Berlin bestimmt worden.

— Lehrer Rickel hat in Berlin beim Hülfsverein deutscher Lehrer Beschäftigung gefunden. Es ist nach der „Voss. Ztg." nicht ausgeschlossen, daß er sich demnächst wieder um ein Schulamt bewirbt.

*

* **Bremen**, 3. März. Der Kaiser kommt am 22. März hierher zur Enthüllung des von Franz Schütte geschenkten, von Tuaillon geschaffenen Reiterstandbildes Kaiser Friedrichs, das den Monarchen in Imperatorentracht darstellt.

* **Aus dem Ruhrrevier.** Im „Reichsanz." wird wieder ein Protokoll über die Untersuchung von Mißständen veröffentlicht, die sich auf der Zeche Sterkrade bei Oberhausen gezeigt haben sollen. Darnach ist die Kommission zu folgendem Ergebnis gekommen:

Die Untersuchung, in deren Verlauf die Belegschaftsvertreter von dem ihnen zugestandenen Frage- und Antragsrechte den ausgiebigsten Gebrauch gemacht haben, hat nicht ergeben, daß auf der Zeche Sterkrade Zustände geherrscht haben, welche als allgemeine Mißstände angesehen werden können. Erwiesen erscheint, daß auf mehreren Betriebspunkten unter Tage die Reinigung der Abortkübel nicht in ordnungsmäßiger Weise erfolgt ist. Die Schuld hierfür trifft jedoch nicht die Verwaltung, sondern Unterbeamte, da bei ersterer Beschwerden hierüber nicht vorgebracht sind. Seitens der Zechenverwaltung wird für durchgreifende Abstellung des Uebelstandes gesorgt werden. Daß in mehreren Fällen Abortkübel in unmittelbarer Nähe neu aufgenommener Betriebspunkte längere Zeit nicht aufgestellt worden sind, kann als bedauerliche Beschwerde nicht anerkannt werden, weil die Wege zu den nächststehenden Kübeln verhältnismäßig nur kurz waren. Nachgewiesen erscheint ferner, daß der Raum für die Abgabe von Kostproben zeitweilig nicht in der erforderlichen Weise gereinigt worden ist. Auf Beschwerde beim Betriebsführer ist alsbald Abhülfe angeordnet und ein Raum mit Abortsitzen zu diesem Zweck bestimmt worden. Ein Teil der von der Siebener-Kommission eingereichten bezw. von den Belegschaftsvertretern geltend gemachten Beschwerden, so z. B. angebliche Maßregelung des Beschwerdeführers Schwerdfeger, Wagennullen, schlechte Gedingesätze, schroffes Benehmen von Beamten, angebliche Beschäftigung eines jugendlichen Arbeiters in der Grube, sowie Arbeiten in einer Temperatur von 38 Grad Celsius, muß als völlig unbegründet erachtet werden. Die übrigen Beschwerden über schlechte Bewetterung, Mangel an Holz zum Verbauen, Fehlen von geförderten Kohlenwagen, unregelmäßige Seilfahrt, Nichtbezahlung von Nebenarbeiten, übermäßige Hitze und übermäßige Nässe usw. können zum Teil nicht als nachgewiesen